



N i e d e r s c h r i f t

über die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung in der Wahlperiode 2019/2023 am 10.05.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:51 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Reimelt
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Herr Stadtverordneter Holz (für Herrn Stadtverordneter Raschen)
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete von Twistern

Fraktion GRÜNE PP

Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Frau Stadtverordnete Niehaus
Herr Stadtverordneter Niedermeier

BIW-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Brand

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Prof. Dr. Hilz, MdBB

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

Einzelstadtverordnete

Frau Stadtverordnete Knorr

Schritfführung

Herr Littmann
Frau Grafelmann

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB (CDU)

Weitere Teilnehmende:

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit (Personalamt)
Herr Thiele (Rechnungsprüfungsamt)
Herr Leineweber (Rechtsamt)

Gesamtpersonalrat:

Herr Riebensahm

Gesamtschwerbehindertenvertretung:

Frau Lentz

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

1. Einwohnerfragestunde

Keine

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift über die 17. öffentliche Sitzung in der 20. Wahlperiode am 15.03.2022

**V+G/VGB
23/2022**

Diskussionsteilnehmende: Keine

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Form.
Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Holz).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

**V+G/VGB
21/2022**

Diskussionsteilnehmende: Keine

Beschluss:

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt den 9. Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Haushaltsabschluss 2021, Ausschussbereich 9

**V+G/VGB
26/2022**

Diskussionsteilnehmende: Keine

Beschluss:

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt den Abschluss des Ausschussbereiches 9 für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

4.2. Videokonferenzsystem GoTo-Meeting hier: Beschluss des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 15.03.2022

**V+G/VGB
27/2022**

Der Ausschuss diskutiert die vorliegende Stellungnahme der Magistrat umfassend. Diese sei unbefriedigend, dass der Ausschuss ein Interesse daran habe, größtmögliche Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen. Das gelte insbesondere auch dann, wenn Sitzungen als Videokonferenz durchgeführt würden. Hierauf sei die Magistratskanzlei in keiner Hinsicht eingegangen.

In Bremen sei ein Live-Streaming von Beiratssitzungen möglich, also müsse das auch in Bremerhaven möglich sein. Die Stellungnahme der Magistratskanzlei könne lediglich als Zwischenmitteilung betrachtet werden.

Stadtverordneter TIMKE stellt hierzu folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt sich mit den Bremer Ortsämtern in Verbindung zu setzen und zu eruieren, welche technischen Voraussetzungen und welche rechtlichen Voraussetzungen für die Live-Übertragung der Beiratssitzungen vorliegen. Ebenso wird die Verwaltung beauftragt sich in dieser Frage mit der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft in Verbindung zu setzen.

Magistratsdirektor POLANSKY teilt mit, dass sich die Magistratskanzlei mit der Bürgerschaftskanzlei in Verbindung gesetzt und die Antwort erhalten habe, dass eine integrierte Streaming-Funktion bei GoTo-Meeting nicht verfügbar sei. Er stellt fest, dass die Magistratskanzlei dem Ausschuss bereits in der Anlage zu der Vorlage V+G/VGB 43/2021 (siehe Sitzung am 07.09.2021) auf diese fehlende Funktion hingewiesen habe.

Magistratsdirektor POLANSKY schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

Magistratskanzlei und BIT werden um Prüfung gebeten, wie ein Live-Stream von Ausschusssitzungen (Videokonferenz), auch im Abgleich mit der Praxis in Bremen, realisiert werden kann.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Stadtverordneter TIMKE zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Weiteren Diskussionsteilnehmende: Brand, Hiltz, Holz, Jürgewitz, Kaminiarz, Knorr, Niedermeier, Viebrok, von Twistern

Beschluss (erweiterter Beschlussvorschlag):

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.

Magistratskanzlei und BIT werden um Prüfung gebeten, wie ein Live-Stream von Ausschusssitzungen (Videokonferenz), auch im Abgleich mit der Praxis in Bremen, realisiert werden kann.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

8. Verschiedenes

8.1. Organisation Sitzungen der Aufsichtsgremien städtischer Gesellschaften über den elektronischen Sitzungsdienst (siehe Beschluss vom 08.09.2022, V+G/VGB 39/2020)

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN berichtet, dass der V+G in seiner Sitzung am 08.09.2020 zur Vorlage V+G/VGB 39/2020 den Beschluss gefasst habe, dass auf die Erstellung von Vorlagen sowie der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen der Aufsichtsgremien städtischer Eigen- und Mehrheitsbeteiligungen über den elektronischen Sitzungsdienst weiterhin verzichtet werde, bis das von der Verwaltung angestrebte Upgrade des Ratsinformationssystems im Verlauf des Jahres 2022 anwendungsstabil zur Verfügung steht. Die Beteiligungen erhalten die Möglichkeit, auf bremerhaven.de den Servicebereich für einen geschlossenen Benutzerkreis zu nutzen. Die Dezernate I und II, Amt 20 sowie BIT und Magistratskanzlei, wurden gebeten, Kontakt zu den Beteiligungen aufzunehmen und bei der Einrichtung der technischen Voraussetzungen sowie bei der Umsetzung zu unterstützen. Diese Zwischenlösung sei bislang längst noch nicht von allen städtischen Gesellschaften umgesetzt wurden. Sofern sie umgesetzt wurde, sei dies in unterschiedlichem Umfang und Struktur erfolgt. Dort, wo das Verfahren umfassend genutzt wurde, habe es sich bewährt.

Da auch nach dem Upgrade des Ratsinformationssystems seitens der Magistratskanzlei nachvollziehbare Bedenken gegen das Ausrollen der Software-Nutzung auf die Aufsichtsgremien (sehr hoher Schulungs- und Supportbedarf, Risiko Zugang auch für Externe zulassen, technischer Aufwand, Akzeptanz in den Gesellschaften etc.) vorhanden sei, sollte angestrebt werden, dass die Übergangslösung zu einer dauerhaften Lösung wird. Die Magistratskanzlei ist – sofern diese Lösung einheitlich umgesetzt wird - bereit, hierfür Handlungshilfen zur Verfügung zu stellen.

Er schlägt vor, die Beteiligungsverwaltung sollte sich daher nochmals an die Geschäftsführungen der Gesellschaften wenden und diese bitten, über einen entsprechenden Beschluss in den Gremien festzulegen, dass die Sitzungsunterlagen künftig über den Servicebereich der bremerhaven.de digital zugänglich zu machen sind und hierfür eine einheitliche Struktur (Zip-Ordner mit Tagesordnung) verwendet werden sollte.

Er wirbt für eine einheitliche Vorgehensweise und bittet um Zustimmung zu folgenden Beschluss:

Der Ausschuss bittet das Dezernat II, Beteiligungsverwaltung, sich nochmals an die Geschäftsführungen der Gesellschaften zu wenden und diese zu bitten, über einen entsprechenden Beschluss in den Gremien festzulegen, dass die Sitzungsunterlagen künftig über den Servicebereich der bremerhaven.de digital zugänglich gemacht werden und hierfür eine einheitliche Struktur (Zip-Ordner mit Tagesordnung) verwendet wird.

Die MK wird gebeten hierfür Handlungshilfen zur Verfügung zu stellen.

Stadtverordneter KAMINIARZ weist daraufhin, dass ausschließlich Mitglieder der Koalition in Aufsichtsräten der städtischen Tochtergesellschaften sitzen und somit sich die Fraktion GRÜNE PP bei dieser Abstimmung enthalten werde.

Weitere Diskussionsteilnehmende: Prof. Dr. Hiltz

Beschluss:

Der Ausschuss bittet das Dezernat II, Beteiligungsverwaltung, sich nochmals an die Geschäftsführungen der Gesellschaften zu wenden und diese zu bitten, über einen entsprechenden Beschluss in den Gremien festzulegen, dass die Sitzungsunterlagen künftig über den Servicebereich der bremerhaven.de digital zugänglich gemacht werden und hierfür eine einheitliche Struktur (Zip-Ordner mit Tagesordnung) verwendet wird.

Die MK wird gebeten hierfür Handlungshilfen zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluss ergeht bei 5 Enthaltungen (Brand, Kaminiarz, Knorr, Niedermeier, Niehaus)

8.2. 75 Jahre Stadtverfassung und erste konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN erinnert daran, dass nachdem der Bremische Senat am 21.10.1947 die Landesverfassung verkündet hatte, die vorläufige Stadtvertretung der Stadt Bremerhaven am 04.11.1947 die Verfassung für die Stadt Bremerhaven verabschiedete. Bereits am 23.01.1948 fand in der Aula der Theodor-Storm-Schule die konstituierende Sitzung der ersten demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung statt. Die Verfassung trat am 01.02.1948 in Kraft.

Diese Ereignisse jähren sich Ende 2022 bzw. Anfang 2023 damit zum 75. Mal.

Er führt aus, dass dieses zum Anlass genommen werden solle, diese Jahrestage in besonderer Weise zu würdigen.

Es sei geplant, für den 23.01.2023 eine Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung in der VHS und für den 04.11.2022 und den 01.02.2023 zwei Veranstaltungen im Historischen Museum zu organisieren.

Eine entsprechende Vorlage werde der Stadtverordnetenversammlung zu ihrer nächsten Sitzung zur Kenntnis gegeben.

Keine weiteren Wortmeldungen

8.3. Sitzungstermine 2023

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN berichtet, dass vor der Sitzung die Terminplanung 2023 für die Stadtverordnetenversammlung und den Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung verteilt wurden sind.

Eine entsprechende Vorlage werde der Stadtverordnetenversammlung zu ihrer nächsten Sitzung vorgelegt.

Keine weiteren Wortmeldungen

8.4. Amtliche Bekanntmachungen in der Nordsee Zeitung hier: geplante Änderung

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN teilt mit, dass eine Änderung der Verfassung geplant sei um künftig Sitzungstermine nicht mehr in der Nordsee Zeitung amtlich bekannt zu machen. In der Landesverfassung Bremen und in der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft ist eine analoge Regelung zu der Bremerhavener Regelung (§ 30 Abs. 4 VerfBrhv) nicht vorhanden. Das Rechtsamt habe keine Einwände, § 30 Abs. 4 VerfBrhv so zu verändern, dass die Sitzungstermine der Stadtverordnetenversammlung und für derer Ausschüsse künftig ausschließlich elektronisch über das Internet bekanntgegeben würden.

Eine entsprechende Vorlage werde der Stadtverordnetenversammlung zu ihrer nächsten Sitzung vorgelegt.

Keine weiteren Wortmeldungen

8.5. Sitzplan Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN informiert den Ausschuss darüber, dass bei der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung keine Corona-bedingten Abstände mehr einzuhalten seien, daher die Sitzordnung komprimiert werde und die Zuschauerinnen und Zuschauer wieder im Saal Platz nehmen könnten.

Keine weiteren Wortmeldungen

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 16:51 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführung

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Grafelmann